

Anfrage

der Bundesräte Binna, Kaltenbacher, Prutsch
an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie
betreffend Postämterschließungen in der Steiermark

Gegen die Schließung weiterer Postämter auf Basis betriebswirtschaftlicher Berechnungen der Post AG hat sich die Steiermärkische Landesregierung in der Sitzung am 4. April 2005 nach einem Antrag von Frau Landeshauptmann Klasnic ausgesprochen. In diesem nach einer Landtagsinitiative erstellten Bericht verweist die Regierungschefin auf die geltenden Beschlüsse der Landeshauptleute, wonach Postamtsschließungen nicht nur nach betriebswirtschaftlichen Kriterien erfolgen dürften. Das Land forderte dazu Strukturkonzepte unter Berücksichtigung regionaler Kriterien und will an Verhandlungen teilnehmen. Ferner erinnerte Frau Landeshauptmann Klasnic in diesem Bericht an die Leistungen des Landes zur Verbesserung der regionalen Infrastruktur. Die Schaffung von 30 „Postpartnern“ als Ersatz für geschlossene Postämter förderte das Land Steiermark mit bislang rund 153.000 Euro. Schließlich wurde auch die Postbus AG unterstützt, um Einstellungen im Regionalbusverkehr zu verhindern.

Die unterzeichneten Bundesräte richten an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie nachstehende

Anfrage:

1. Hat Frau Landeshauptmann Klasnic bezüglich der Schließung steirischer Postämter mit Ihnen Kontakt aufgenommen?
2. Wenn ja, hat Ihnen die Regierungschefin die Beschlusslage des steirischen Landtages kundgetan?
3. Gab es Treffen in dieser Causa?
4. Wo fanden diese statt?
5. Wer nahm an diesen Treffen teil?
6. Was waren die Ergebnisse bzw. gab es Zwischenergebnisse dieser Treffen?

